

**Sonder-
Ausgabe**

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Belegzug 3,97 M. einschließlich 80 Pf.
Anzeigen- und 72 Pf. Postgebühren.
Kontostundenabnahme 0,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Druckfachporto 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Zeit“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gratis!



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonten: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depotkassette Lindenstr. 3.

Zwei Monate Hitlerkurs!

Auf zur Abrechnung am 31. Juli!

Am 31. Juli sind es gerade zwei Monate, daß die Regierung der Barone im Amt ist. Diese zwei Monate haben genügt, in Deutschland statt des Aufbaues eine Zerstörungsarbeit zu leisten, die kaum ihresgleichen hat!

Am 1. Juni wurde das Kabinett ernannt. Hitler hat diesem Kabinett seine Zustimmung gegeben. Er hat, wie jetzt einwandfrei feststeht, dem Reichspräsidenten sein Wort verpfändet, daß er das Kabinett Papen tolerieren werde.

Dies Kabinett besteht aus einem Grafen, drei Freiherrn, drei sonstigen Adligen und nur drei Bürgerlichen. Die Nationalsozialistische Partei trägt eine Regierung des Junkertums!

Zweck des Kabinetts ist es, gestützt auf die Nationalsozialisten und gemeinsam mit ihnen, die Forderungen der Nationalsozialistischen Partei zu erfüllen.

Am 3. Juni wird auf Befehl Hitlers der Reichstag aufgelöst. Deutschland wird in einen Wahlkampf gestürzt, der an Blutigkeit und innerer Zerstörung jeden bisher dagewesenen Wahlkampf hinter sich läßt.

Am 4. Juni gibt das Kabinett der Barone von Hitlers Gnaden eine Regierungserklärung ab, die eine Kriegserklärung gegen das arbeitende Volk ist. Das Kabinett der Barone wagt es, von „Mikrowirtschaft der Parlamentsdemokratie“ zu reden und damit die Grundlagen der Verfassung anzutasten. Es stellt sich als die Schwägerin der sozialen Reaktion mit den folgenden Worten vor:

„Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen gesucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“

In dieser Anrede des schärfsten Klassenkampfes von oben fehlt jedes Wort der Anerkennung für die vorbildliche staatsbürgerliche Disziplin der Opfer der Krise. Statt dessen wird ihnen nachgesagt, daß ihre moralischen Kräfte geschwächt seien. In der Verteidigung des wirtschaftlich und moralisch zusammengebrochenen Kapitalismus greift das Kabinett der Barone zu falschen Beschuldigungen der Arbeiterschaft!

Am 14. Juni enthüllt das Kabinett der Barone sein wahres Gesicht. Gestützt auf Hitler und seine Partei wird eine Hungernotverordnung

gegen das deutsche Volk verkündet.

1½ Milliarden Mark an neuen Lasten und an Verminderung des Einkommens müssen die arbeitenden Volksschichten tragen, während der Besitz geschont und begünstigt wird. Die Regierung der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden verordnet:

Herabsetzung der Bezüge der Arbeitslosen, der Krisenunterstützten und der Wohlfahrtsverwerbslosen unter die Hungergrenze.

Kürzung der Bezüge der Kriegsbeschädigten, der Witwen und der Waisen.

Kürzung der Bezüge der Arbeitsopfer und aller Sozialversicherten.

Ausdehnung der Umsatzsteuer auf die kleinen Gewerbetreibenden und Landwirte.

Wiedereinführung der Salzsteuer.

Verhärfte Besteuerung aller Beschäftigten — aber Begünstigung der arbeitslosen Einkommen.

Für dieses Hungerdiktat gegen das deutsche Volk hat das Kabinett der Barone die Tolerierung Hitlers erhalten. Ohne

Hitler kein Papen, ohne Hitler keine Hungernotverordnung. Hitler ist schuld! Zwei Tage später zahlt das Kabinett der Barone an Hitler den Preis für seine Tolerierung des Hungerdiktats:

Aufhebung des Demonstrationsverbots gegen den Willen der Länder und Aufhebung des SA-Verbots!

Aufhebung des Uniformverbots gegen den Willen der Länder!

Die notverordnete SA in ihrer Notverordnungsjacke darf wieder auf der Straße erscheinen und nun zeigt sich, daß ihr Wiederauftauchen zu offenen bürgerkriegsähnlichen Erscheinungen in Deutschland führt.

Nun haufen die braunen Banden Hitlers in ihren Notverordnungsjacken mit Pistolen, Messer und Gummiknüppel! An jedem Tag fallen Opfer, jeder Wahlsonntag wird zu einem Blutsonntag!

Am 15. Juni unternehmen Hitlers Banden einen Sturm auf die Wohnung des bayrischen Ministerpräsidenten.

Am 25. Juni stürmen uniformierte SA-Banden in das „Vorwärts“-Gebäude, wo sie zurückgeschlagen werden.

Am Tage darauf beschließt das Kabinett der Barone ein Verbot des „Vorwärts“.

weil er auf die Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen und der politischen Notverordnung hingewiesen hat!

Der „Vorwärts“ ist verboten vom 4. bis 9. Juli, die „Königliche Volkszeitung“ vom 6. bis 11. Juli!

Der preußische Minister des Innern Severing hat das Verbot beider Zeitungen für ungerechtfertigt erklärt, aber das Reichsgericht in Leipzig entscheidet zugunsten des Kabinetts der Barone!

Der Bürgerkrieg geht weiter, immer dreister benehmen

sich die uniformierten braunen Banden, immer klarer tritt hervor, daß die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots für Hunderte von Deutschen die Vernichtung von Leben und Existenz bedeutet!

Die Not wächst im Lande! Am 23. Juli soll in vollem Umfang die notverordnete Kürzung des Einkommens der Opfer der Wirtschaftskrise in Kraft treten!

Aus tiefster Sorge um die Opfer der Krise und um die Ruhe im Lande wendet sich

die preußische Staatsregierung

Braun-Severing-Hirtsiefer an die Reichsregierung und ersucht sie um eine Milderung der Kürzungen der Renten und Unterstützungen. Sie erhält darauf keine Antwort.

Am 20. Juli aber wird der Belagerungszustand über Berlin verhängt, die Regierung Braun-Severing-Hirtsiefer für abgesetzt erklärt und der Chef des Kabinetts der Barone als Reichskommissar in Preußen eingesetzt.

Unter dem Belagerungszustand werden aus wichtigen Gründen Verhaftungen vorgenommen. Es hagelt Zeitungsverbote, die Rechtsicherheit, die Rechtsgarantien der Verfassung sind außer Kraft. Ein widerliches Denunziantentum drängt sich hervor.

Die kommissarische Verwaltung in Preußen beginnt mit einer Zerschlagung dessen, was in 13 Jahren an Demokratisierung der Verwaltung geleistet worden ist. Republikanisch gesinnte Beamte werden aus den Ämtern entfernt, um Platz zu machen für Beamte des alten Regimes. Das deutsche nationale Parteibuch beherrscht die Stunde. Preußen soll — so will es das Kabinett der Barone — wieder zum Obrigkeitstaat gegen das Volk werden!

Hitler ist schuld!

Er toleriert Papen. — Ehrenwort an Hindenburg! — Ableugnungsversuche der Entlarvten vergeblich!

Hitler windet sich wie der Fuchs im Eisen, weil sein Volksverrat entlarvt ist. Er läßt seine Handlanger ableugnen, daß er für die Taten des Kabinetts der Barone Verantwortung trägt. Diese Lügen seiner Handlanger sind zwecklos!

In einer gewaltigen Kundgebung der Eisernen Front in Hamburg führte unser Genosse Breitscheid aus:

„In den letzten Tagen erst sind mir Tatsachen zu Ohren gekommen, die den Verrat der Hitler-Partei ins hellste Licht stellen. Als der Reichspräsident vor der Bildung des Kabinetts die Führer der verschiedenen Parteien empfing, wurde er von den Führern der Staatspartei gefragt, wie denn Adolf Hitler zu der Regierungsneubildung stehen werde. Hindenburg erwiderte darauf:

„Herr Hitler wird das Kabinett tolerieren, er hat mir sein Wort gegeben.“

„An diesen Worten“, so fuhr Breitscheid fort, „ist nichts zu deuteln, denn es sind bei dieser Unterredung Zeugen zugegen gewesen!“

Jetzt hilft kein Ableugnen mehr! Ihr Opfer der Hitler-Notverordnung, denkt am 31. Juli daran und gebt Hitler die Quittung mit dem Stimmzettel für Liste 1!

31. Juli: Gewählt wird Liste 1!

Das bürgerkriegsähnliche Treiben der hitlerischen Notverordnungsstaaten aber geht unter dem Regime des Reichskommissars weiter. Unter dem Vorwand, daß Ruhe und Ordnung in Preußen nicht mehr gewährleistet seien, ist die Regierung Braun-Severing-Hirtfelder abgesetzt worden. Unter dem Regime des Reichskommissars aber wird die

Wahlfreiheit aufs schwerste beeinträchtigt:

Halbkreuzterror in Ostpreußen und Schleswig-Holstein, in Schlefien. Ueberfall auf den Reichstagsabgeordneten J a e c k e r unter den Augen der Polizei. Schüsse gegen das Auto der Reichstagsabgeordneten Luise Schröder. Sturm auf das Gewerkschaftshaus in Bunzlau!

Der oldenburgische Ministerpräsident Köver, ein Nationalsozialist, kündigt offen einen nationalsozialistischen Putsch an und droht den Republikanern mit Aufhängen — unter den Augen der Polizei! Die Polizei aber löst sozialdemokratische Versammlungen auf, an denen im Kabinett der Barone berechnete Kritik geübt wird.

Hitlers SA. bewaffnet sich — aber die Polizei sucht Waffen bei den Republikanern!

In Oldenburg werden SA-Leute als Polizeibeamte einberufen!

In zwei Monaten ist das Kabinett der Barone Schritt für Schritt vorwärts gegangen auf dem Wege zum Dritten Reich!

An euch ist es jetzt, diejem Treiben ein Ende zu gebieten. An euch ist es, den Anschlägen der sozialen Reaktion ein Ende zu machen. An euch ist es jetzt, die Freiheit zu verteidigen gegen die Geburtshelfer des Dritten Reichs!

Fort mit dem Spuk!

Alle für Liste 1!

Freiheit!

Schlagt Papen und Hitler!

Ein Wort an die kommunistischen Wähler!

Der Feind steht rechts! Von dieser Erkenntnis ausgehend, hat die Sozialdemokratie den ganzen Wahlkampf gegen die Regierung der Barone und ihre Nazi-Bundesgenossen geführt. Heute, in den letzten Stunden des Wahlkampfes, wenden wir uns an die bisherigen kommunistischen Wähler, sie aufzufordern, über einen ganz einfachen und nüchternen Tatbestand nach zu denken.

Was ist euer Ziel, kommunistische Wähler? Ihr wollt die Regierung der Nazi-Barone stürzen, das wollen auch wir. Aber durch die Stimmgabe für die Liste 3 erreicht ihr genau das Gegenteil von dem, was ihr wollt: Ihr helft Papen und Schleicher, sich im Sattel auch als Minderheitsregierung zu halten.

Warum? Die SPD-Abgeordneten werden zwar zusammen mit den Sozialdemokraten und den übrigen Oppositionsparteien die Regierung in die Minderheit versetzen. Sie werden aber nach ihrer ganzen bisherigen Taktik die Bildung einer neuen verfassungsmäßigen Minderheitsregierung verhindern.

Das ist Papens und Schleichers große Hoffnung, das ist es, worauf die Reaktion spekuliert:

gestützt auf Hitler und Hugenberg wollen sie auch als Minderheit weiterregieren, weil die Linke zwar über eine Mehrheit, aber dank den Kommunisten nicht über eine aktions- und regierungsfähige Mehrheit verfügen wird.

Kommunistische Wähler! Wie appellieren an euren politischen Verstand. Könnt ihr die Richtigkeit dieser Feststellung bestreiten? Nein! Dann aber ist es eure Pflicht, die Rechnung der Reaktion zu durchkreuzen, indem ihr euch frei macht von verhängnisvollen Illusionen.

Deshalb am 31. Juli nur Liste 1.

Wählt Sozialdemokraten!

Adolf verspricht Besserung.

Er will nicht mehr schwindeln.

In dem Spiegelmann-Buch „Mein Kampf“ hat Adolf Hitler als seine grundlegende politische Maxime verkündet:

„Der Deutsche hat keine blasse Ahnung, wie man das Volk beschwindeln muß, wenn man Massenanhänger haben will.“

In diesem Jahr hat „Mein Kampf“ eine neue Auflage erlebt und siehe da — das Schwindelrezept ist gestrichen.

Zum Sterben verurteilt!

Lacht euch nicht von Hitler zum Narren halten!

Eine Bewegung, wie die Hitler-Bewegung, die aus Rassenhaß entstanden, auf Mord, Todschlag und Terror aufgebaut, mit Lügen und Verleumdung unterstützt, mit bewußt unerfüllbaren Versprechungen gespeist ist und die Notlage des Volkes zu selbstmüchtigen Zwecken ausnützt, ist zum Sterben verurteilt.

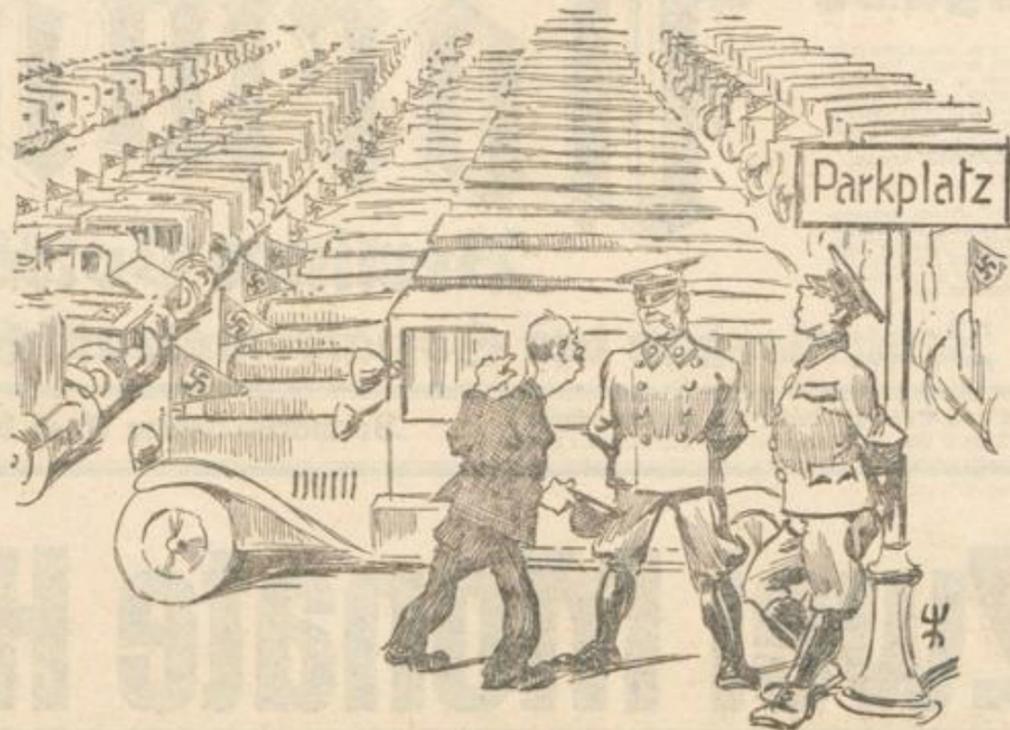
Von dem großen englischen Staatsmann, Lord Beaconsfield, stammt das Wort:

„Man kann alle Menschen eine Zeitlang zum Narren halten, man kann einige Menschen die ganze Zeit zum Narren halten, aber man kann nicht alle Menschen die ganze Zeit zum Narren halten.“

So ist es mit der Hitler-Bewegung! Lacht euch nicht zum Narren halten! Sorgt für ihr Sterben, gebt eure Stimmen der Sozialdemokratie!

Freiheit!

Die Arbeiterpartei.



„Warum parken denn die unzähligen Autos hier?“

„Unsere gnädigen Herren sind alle versammelt, um den Herrn Arbeiterführer Hitler reden zu hören.“

Adelsparteien unter sich.

Nazis nennen die Deutschnationalen „Salunken und Lumpen“.

Der Kleinrieg zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten, der besonders in Pommern mit ungewöhnlicher Heftigkeit ausgefochten wird, zeitigt zuweilen recht merkwürdige Blüten, die wert sind, der politisch bewegten Zeit der Nachwelt erhalten zu bleiben, obgleich oder gerade weil die großstädtischen Hugenbergblätter diese Dinge unterschlagen.

Aus Anlaß der Hitlerkundgebung in Straßund am 19. Juli sprach unter anderem auch der schwedische Nationalsozialist Dr. Birger Furugard, der über die Deutschnationalen Partei folgende Worte gebrauchte:

„Auch in Schweden gibt es einen ausgeprägten Bauernstand, gibt es Margisten, hat man ähnliche Salunken wie die Deutschnationalen in Deutschland und hat man Kapitalisten. Ja, das Volk ist ausgefaßt bis auf die Knochen durch die Kapitaldemokraten und das nationale Gefindel.“

Die deutschnationalen „Kösliner Zeitung“, die darüber mit Empörung in großer Aufmachung auf der ersten Seite ihres Blattes berichtet, erhebt gegen diese „schweren Beleidigungen des deutschen nationalen Bürgertums durch den Ausländer“ scharfsten Protest und fragt, wo die vielgerühmte „deutsche Volksgemeinschaft“ bleibe, für die die Nazis angeblich kämpfen.

In einer Nazi-Versammlung, die dieser Tage in Bahn (Hinterpommern) stattfand, sagte der Nazi-Redner über die Deutschnationalen folgende „Liebenswürdigkeiten“:

„Die Deutschnationalen sind Lumpen — Charakterlosigkeit bestimmt die Deutschnationalen Volkspartei.“

Besonders interessant sind auch die Äußerungen der „Kösliner Zeitung“, die sich an eine Nazi-Versammlung in Köslin angeschlossen. Dort hatte der General Bismann gemeint, die Deutschnationalen machten den Nazis das Leben recht sauer. Die Deutschnationalen seien egoistisch und nur auf sich selbst bedacht. Jeder SA-Mann, der seine Pflicht tue, sei vornehmer als viele pommersche Grafen und Barone. Der heutige Adel und mit ihm die Deutschnationalen hätten nichts gelernt und nichts vergessen. Ihm persönlich sei ein bürgerlicher Wappenschild lieber als ein verwitterter pommerscher Adliger. Von Adolf Hitler, der das Werkzeug Gottes (!) sei, werde die Geschichte einst sagen, er sei größer gewesen als Bismarck!

Diese Bismann-Offenbarungen waren aber selbst den Deutschnationalen so starker Lob, daß sie sich in mehreren Artikeln der „Kösliner Zeitung“ dagegen zur Wehr setzten. Es heißt da, daß die maßlosen Angriffe, die Eggelsen Bismann gegen die Deutschnationalen Volkspartei richtete, sachlich nach keiner Richtung hin stichhaltig begründet wurden. Den Nationalsozialisten wird dann folgendes bescheinigt:

„Im übrigen kann ohne weiteres unterstellt werden, daß der Adel in der zahlenmäßig stark angeschwollenen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei heute über ein zahlenmäßig größeres Kontingent von Mitgliedern verfügt als in der Deutschnationalen Volkspartei. Wenn Eggelsen Bismann meint, denjenigen Adligen, die Nationalsozialisten geworden sind, besondere Ehrstränge stecken zu müssen, und auch das antisemitische Moment anklagen läßt, dann erinnern wir in diesem Zusammenhang doch an die merkwürdige Freundschaft, die Herr von Moensleben, der Hitler als Vertrauensmann auf seinen Unterredungen mit General von Schleicher begleitet hat, zu dem gefausten Juden von Kleefeld unterhält, dem, wie sich das aus einer Polemik des Nationalsozialisten Fabricius gegen die Linkspresse ergibt, erhebliche Finanzschleibungen vorgeworfen werden.“

Aber auch andere politische Ungezogenheiten werfen die Deutschnationalen den „lieben“ Nazis vor. Es heißt in dem gleichen Artikel:

„Schließlich hat die Landtagsfraktion der Nationalsozialisten bisher nur den Beweis erbracht, daß 160 Nationalsozialisten in der Rauferei stärker sind als 60 Kommunisten, eine Tatsache, die bisher von keiner Seite in Zweifel gezogen worden ist, ebensowenig wie jene andere Tatsache, daß 160 Nationalsozialisten auch lauter singen können als 60 Kommunisten. Gibt es aber wohl eine größere Blamose als die, welche Herr Kube, dem Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, widerfahren ist, der sich de- und wehmütig bei

dem Juden Bernhard Weiß und seiner Gattin und zwar schriftlich entschuldigen mußte, weil die nationalsozialistische Landtagsfraktion in einem Antrage der Frau Weiß Beziehungen zu einem anderen Mann vorwarf, sich also durchaus unzuverlässige und — wie inzwischen durch Gerichtsentcheid festgestellt worden ist — mit sachlich unhaltbaren Vorwürfen in das Privatleben einer Frau eingemischt hatte?“

Während das deutschnationale Blatt dem General Bismann noch so viel Ehre erweist, daß es sich überhaupt mit ihm beschäftigt, nennt es den nationalsozialistischen Bädergesellen a. D. Czirniak in dem gleichen Artikel kurzerhand einen „nationalsozialistischen Demagogen“, der als politischer Gegner einer ernsthaften Auseinandersetzung nicht wert sei, und mit dem es sich also des weiteren nicht mehr zu beschäftigen brauche.

In den Berliner Gazetten des Herrn Hugenberg finden sich zwar allerlei schnoddrige und verlogene Berichte über Margisten und was man dafür hält, aber von den Kämpfen ihrer deutschnationalen Gesinnungsbrüder gegen den nationalsozialistischen Gesinnungsterror wissen sie kein Wort zu melden. In diesem Schweigen liegt ein Mangel an Wahrheitsliebe, der geradezu frapplerend wirkt.

Pani Nazi

„Vom Stamme der Germanen.“

Die amtliche Liste der nationalsozialistischen Reichstagskandidaten weist u. a. folgende Namen auf:

Schukat, Wockatz, Pottag, Pridat, Nawroth, Roschatt, Magunia, Skoda, Robra, Sossna, Swatzina, Czeromin, Russek, Adamek, Gregorcsek, Czerny, Czirniok, Domnick, Sagroll, Jobski, Tarowski, Zelewski, Satzki, Czarnowski, Szymonowski, Wysocki, Sochatzki, Krawielicki.

Großer Wotan, verhülle dein Haupt!

Abonnieren Sie den „Vorwärts“

die führende politische Tageszeitung, wenn Sie zuverlässig und wahr unterrichtet sein wollen!

Ich abonniere die volle Ausgabe des „Vorwärts“, zweimal täglich frei ins Haus zum Preise von 3,25 Mk. pro Monat (pro Woche 75 Pf.)
Ich abonniere den „Sonntag-Vorwärts“ zum Preise von 55 Pf. pro Monat.
(Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.)

Name: _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

_____ Hof — Querweg — Seitenfl. — Tr. links — rechts
bei _____

Ausfüllen und einenden an den Verlag des „Vorwärts“
Berlin SW 68, Lindenstraße 3.